

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

■ spannende Zeiten! Weil nicht klar ist, wie so manches ausgehen wird, schreibe ich dieses Editorial unter Vorbehalt. Es wird sich erst zeigen, was die Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 bewirken. Eines dürfen wir schon mal festhalten: die jahrelange klare Haltung der Grünen zu diesem Wahnsinnsprojekt wird nun mit einem enormen Zuspruch belohnt. Auch die katastrophalen Beschlüsse der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der AKW, zur Neuregelung der Harz IV-Sätze sowie das Zündeln am sozialen Frieden durch unsägliche Äußerungen und lahme Gipfeltreffen in der Integrationsdebatte - all das treibt die Menschen um und natürlich auch zu den Grünen. Wir hier haben einen Zuwachs von 10 Prozent! Das gibt natürlich hinsichtlich der Landtagswahl Anlass zur Hoffnung. Noch nie waren die Chancen so groß, die über 50-jährige CDU-Regierung abzuwählen und dem schwarzen Filz ein Ende zu setzen.



tungsgespräche zu Stuttgart 21 bewirken. Eines dürfen wir schon mal festhalten: die jahrelange klare Haltung der Grünen zu diesem Wahnsinnsprojekt wird nun mit einem enormen Zuspruch belohnt. Auch die katastrophalen Beschlüsse der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der AKW, zur Neuregelung der Harz IV-Sätze sowie das Zündeln am sozialen Frieden durch unsägliche Äußerungen und lahme Gipfeltreffen in der Integrationsdebatte - all das treibt die Menschen um und natürlich auch zu den Grünen. Wir hier haben einen Zuwachs von 10 Prozent! Das gibt natürlich hinsichtlich der Landtagswahl Anlass zur Hoffnung. Noch nie waren die Chancen so groß, die über 50-jährige CDU-Regierung abzuwählen und dem schwarzen Filz ein Ende zu setzen.

Auch wir im Kreisverband arbeiten schon kräftig mit an diesem Vorhaben. Elisabeth Kömm-Häfner wurde ja bereits im Sommer einstimmig als Landtagskandidatin nominiert. Inzwischen ist sie über www.gruene-heidenheim.de im Internet zu finden und zunehmend natürlich auch bei diversen Veranstaltungen anzutreffen.

Wie war neulich in der Heidenheimer Presse über unseren Kreisverband zu lesen: klein aber schlagkräftig!

In diesem Sinne wünsche ich allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Vielleicht sehen wir uns bei unserer traditionellen Winterwanderung am 6. Januar!

Herzliche Grüße
Stefani Schall-Uhl



Stuttgart 21 und die Brenzbahn

■ Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft, an der Spitze die CDU-Abgeordneten, OB Ilg oder die IHK, werden nicht müde, bei jeder Gelegenheit die Bedeutung von Stuttgart 21 für Stadt und Kreis Heidenheim zu betonen. Völlig unreflektiert und unkritisch wird behauptet, dass dieses Projekt die Region befördert und eine schnellere Anbindung an Stuttgart bringt.

Das Gegenteil wird der Fall sein und ist auch belegt. Mit Blick auf einen zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung moniert die Landkreisverwaltung in einer Stellungnahme zum Generalverkehrsplan, die auch vom Kreistag beschlossen wurde, dass „die Brenzbahn nicht unter den Vorrangstrecken erfasst“ ist.

Der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, der Verwaltung und dem Kreistag liegen Gutachten vor, die in einer überschlüssigen Betrachtung zu einer positiven Kosten-Nutzen-Bilanz eines solchen Ausbaus kommen. Begründet wird dies nicht nur mit einem gesteigerten Personenaufkommen, sondern auch einer Zunahme im Güterverkehr, unter anderem wegen des Container-Terminals von Bosch/Siemens.

Beim Projekt Stuttgart 21 gibt es berechtigte Zweifel an einem positiven Kos-

ten-Nutzen-Verhältnis. Trotzdem scheinen den politisch Verantwortlichen in Berlin und Stuttgart milliardenschwere Prestigeprojekte wichtiger zu sein als eine wirkliche Verbesserung des Nahverkehrsangebotes in der Fläche.

Im Moment darf man noch nicht einmal auf die Beseitigung der schlimmsten Missstände hoffen: den barrierefreien Zugang zu den Gleisen des Heidenheimer Bahnhofs. Den wird es laut Brunnhuber nicht vor 2016 geben. Weiterhin bleiben Taktlücken im Zugangebot und es gibt auch keine Erweiterung der Taktzeiten bis 24 Uhr, keinen Abbau der Kapazitätsengpässe und keine Beseitigung von unhygienischen Verhältnissen beim Zugmaterial, keine kostenlose Mitnahme von Fahrrädern, keine Verbesserung der Beratung und Bedienung auf unattraktiven Bahnhöfen.

Ein modernisierter Kopfbahnhof in Stuttgart, wie ihn die Landesgrünen seit 15 Jahren fordern und eine alternative und zugleich kostengünstigere Verwirklichung der Neubaustrecke zwischen Stuttgart und Ulm könnten Mittel frei machen, um den Schienenverkehr auf der Brenzbahn und in anderen Regionen des Landes zu verbessern.

Michael Sautter

Heidenheim muss dringed auf Innenentwicklung umschwenken

Anträge der Grünen-Fraktion zum Flächennutzungsplan 2020 - ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Gewinn

Eine grundlegende Wende in der Siedlungspolitik würde Heidenheim vollziehen, wenn die Anträge der Grünen zum Flächennutzungsplan 2020 im Stadtrat eine Mehrheit fänden.

■ Eine ganze Reihe auch in der Bevölkerung höchst umstrittenen Wohnbauflächen-Planungen soll ganz aus dem Plan herausgenommen werden. Die Streichliste enthält folgende Straßen und Gebiete: Fuchssteige, Verdisträße, Rechenwiesen, Steigstraße, Hinter dem kleinen Bühl, Reutenen, In der Reute, Flachsäcker, Aquarena, Mittelrain – West und Ost, Talhofstraße, Waldstraße und sämtliche neu aufgenommenen Wohnbauflächen in Oggenhausen, Großkuchen und Kleinkuchen. Auch die Wohngebiete Asang und Seeberg sollen nicht fortgeschrieben werden. Ein Kombibad im Bereich Waldbad und Bohnäcker soll es nicht geben.

Die Grünen begründen diesen Verzicht mit der demografischen Entwicklung, die bewirkt, dass die Bevölkerung der Stadt um 2.000 bis 2.500 Menschen abnimmt, wenn sich der gegenwärtige Trend bis zum Jahr 2020 fortsetzt. Bei einer derzeitigen Belegungsdichte von ca. 2,3 P/WE setze dies ca. 870 bis 1.090 Wohnungen frei. Ein- und Zweifamilienhäuser kämen auf den Immobilien-

markt. Auch im Geschosswohnungsbau werde es zu immer mehr Leerständen kommen.

Die Situation werde sich noch verschärfen, wenn die Stadt weitere Neubaugebiete schafft. Die Grünen befürchten, dass dann ganze Straßenzüge, vereinzelt auch Stadtteile, leer stehen und die Bevölkerung überaltert sein werde. Vorhandene öffentliche und private Infrastruktureinrichtungen würden dann unrentabel und müssten irgendwann geschlossen werden. Es wäre auch wirtschaftlich fatal, sagen sie, wenn die Preise am Immobilienmarkt dadurch drastisch einbrechen würden.

Um die Stadt vor solchen Fehlentwicklungen zu bewahren, müsse die Stadt einen raschen und engagierten Paradigmenwechsel einleiten hin zur Innenentwicklung. Dazu beantragten die Grünen die Kartierung aller Stadtteile nach dem Alter der jeweiligen Wohnbevölkerung, die Offenlegung aller Baugebiete und Baulücken im bestehenden Siedlungsgebiet unter Berücksichtigung aller planerischen, bau- und eigentumsrechtlicher Grundlagen, die Erfassung auch solcher Gebiete, die durch Umwandlung, Neuordnung oder Nachverdichtung mittel- bis langfristig neue Wohnbauflächen erschließen können und die Kartierung der Stadtgebiete nach dem

Alter, der Art und der baulichen Qualität der Wohngebäude. Schließlich will die grüne Fraktion eine Marketingstrategie aufgebaut sehen, um Immobiliensuchenden die zahlreichen Vorteile des Kaufs und des Wohnens im älteren Bestand vermitteln zu können.

Wiewohl die Intitiativanträge keine unmittelbare Auswirkung auf den FNP hätten, führt die Innenentwicklung nach Meinung der Grünen zu bedeutenden ökologischen, wirtschaftlich und sozial positiven Effekten:

- Reduktion des motorisierten Individualverkehrs durch Schaffung kürzerer Wege.
- Aufwertung und Verbesserung des Stadtbildes durch Neubau und Sanierung im Altbestand, was die Attraktivität der Gesamtstadt erhöht.
- Möglichkeit, die energetische Sanierung von erhaltenswerter Bausubstanz schneller voranzubringen.
- Verbesserte Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und größeres Sozialengagement; mit den Gebieten Voith-Siedlung und Weststadt werde dies momentan erfolgreich demonstriert.
- Erhebliche Kostenentlastungen für den städtischen Haushalt.

Michael Sautter



v.l.: Karl-Georg Albrecht, Günther Freudenmann, Silke Krebs (Landesvorstand), Stefani Schall-Uhl, Elisabeth Kömm-Häfner, Marc Gergeni, Martina Peters, Claus Behrendt (Marco Gölles nicht im Bild)

Neuer Vorstand

■ Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung gab es im Kreisvorstand ein paar Veränderungen, denn mit dem Ausscheiden von Brian Krause und Hans-Martin Hartmann, waren zwei Beisitzerposten neu zu besetzen. Wir freuen uns, dass Marc Gergeni aus Nattheim und Marco Gölles aus Heidenheim nun mitarbeiten. Eine Stellvertreterin für unseren Kassier haben wir ebenfalls neu in den Vorstand gewählt, es ist Martina Peters aus Mergelstetten. Weil sie bisher Kassenprüferin war, haben wir auch für diesen Posten jemand Neues, nämlich Jan-Ulrich Rademaker aus Nattheim. Hans-Martin Hartmann redigiert auch ohne Vorstandsamt weiterhin die GRÜNS und macht die Pressearbeit.

Stefani Schall-Uhl

Auftrag: Grün! - Die Bundesdelegiertenkonferenz schwimmt auf der Welle hoher Umfragewerte

Unter dem Motto: „Auftrag: Grün!“ beackerten Bündnis 90/Die Grünen vier große Themen auf ihrer Bundesversammlung vom 19.-21.11.2010 in Freiburg. Für die Grünen Heidenheim war Marco Gölles als Delegierter dabei.

■ Über diese Themen stimmten die Delegierten ab: „Energie der Zukunft“, „starke Kommunen für Deutschland“, „Demokratie im 21. Jahrhundert“ und „Gesundheit für alle“. Dazu kamen u.a. die Wahlen des Parteirats und des Bundesvorstands.

„Was derzeit in Deutschland in Punkto Energie abläuft, ist die größte Lüge der Bundesregierung“, schreibt Marco in seinem Bericht. Der Atomwirtschaft würden Milliardengewinne zugeschoben. Für Stadtwerke sei eine solche Politik keine Brücke zur Energiewende, sondern der Abgrund.

Grüne Energiepolitik der Zukunft bedeute, Atomprivilegien abzuschaffen, einen wirksamen Emissionshandel zu installieren, keine neuen Kohlekraftwerke zu bauen, eine grundlegend neue Netzpolitik für die Einspeisung erneuerbarer Energie zu betreiben und eine energetische Gebäudesanierung in Gang zu setzen, die diesen Namen verdient. Die Delegierten haben festgelegt, bis 2030 hundert Prozent erneuerbare Energie in Deutschland zu erreichen.

Der zweite große und wichtige Beschluss galt den Kommunen und enthielt folgende Sachverhalte: „Klimawandel beginnt in den Kommunen“, „Gewerbesteuer und Grundsteuer bleiben bei den Kommunen“ und „Gute kommunale Politik bedeutet: gute Integration,

hier herumgedoktert. Bündnis 90/Die Grünen möchten die soziale Gerechtigkeit in Deutschland wieder herstellen. Alle Bürger sollten in die Bürgerversicherung einzahlen. Es müssten aber auch Einkommen aus Kapitalanlagen, Vermietung und Verpachtung, sowie Gewinnen dem derzeit defizitären System zugeführt werden. Dies wurde beschlossen. Außerdem: Die Beitragsbemessungsgrenze wird auf 5000 Euro erhöht, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen werden verbessert, die Ärzthonorare werden reformiert.

„2011 wird Spitze!“ Mit diesem Ruf ging die Bundesversammlung am Sonntag zu Ende. Die



Marco Gölles flankiert von Winfried Kretschmann(li) und Jürgen Trittin

beste Bildung und Chancen für unsere Kinder.“

Am selben Tag wurde über „Demokratie im 21. Jahrhundert“ debattiert. Gesagt wurde, zurzeit entwickle sich in der Gesellschaft ein neues Bild der Demokratie. Die BürgerInnen wollten mitreden und -beschließen. Heikle Themen gehörten offen angesprochen. Frauen müssten zur Hälfte in die Aufsichtsräte.

Am Sonntag kam die Dauerbaustelle deutscher Politik zu Sprache: die Gesundheitspolitik. Seit Jahren werde

Grünen werden ihren Grundwerten treu bleiben und auch durch die derzeitigen sehr guten Umfragewerte auf dem Teppich bleiben, versicherte Cem Özdemir. Die Grünen würden bis zur Bundestagswahl 2013 durchgerechnete Konzepte für eine Energiewende, mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Bildung vorlegen. „Wer die Grünen wählt, bekommt auch Zumutungen“, so Özdemir weiter. Mit Blick auf die Wahlen im Südwesten und in Berlin 2011 rief er den Delegierten zu: „Rocken wir die Republik!“

Unsere Karin wurde 70



■ Als die Grünen noch in den Kinderschuhen steckten, war Karin bereits dabei. Sie wurde schnell zur unentbehrlichen Stütze des Kreisverbandes Heidenheim. Selbstlos half Sie im Büro oder überall, wo es klemmte. In all den Jahren hat sie sich besonders für den Umweltschutz und den fairen Handel mit der dritten Welt stark gemacht.

Karin tut, wovon sie überzeugt ist. So geht sie zu Fuß oder kommt mit dem Rad. Aktivitäten in der Heidenheimer Friedensgruppe und bei der Lokalen Agenda sind eine Selbstverständlichkeit für sie.

Wer Karin zufällig begegnet, muss

darauf gefasst sein, dass sie eine Unterschriftenliste aus der Tasche zieht - immer eine Gelegenheit, diese oder jene Organisation zu unterstützen, die ihre Sympathie genießt.

Neben all dieser ehrenamtlichen Arbeit findet Karin die schönste Abwechslung in der Familie. Fünf Enkel halten sie auf Trab.

Wir wünschen ihr an dieser Stelle alles Gute, Gesundheit und Freude an ihren Wirkungsfeldern und uns, dass sie uns weiterhin treu unterstützt. Karin, bleibe wie du bist und deinen Prinzipien treu.

Der gesamte Kreisverband

LT-Kandidatin Kömm-Häfner: Eine andere Lernkultur in Ba-Wü



Elisabeth Kömm-Häfner

Am 10.11.2010 hielt Elisabeth Kömm-Häfner ein programmatisches Referat zu den Zielen der Bildungspolitik der Grünen im Land. Auf www.gruene-heidenheim.de kann die ganze Rede nachgelesen werden. Die lokale Presse hat auch berichtet. So beschränken wir uns hier darauf, die Rede in Auszügen wiederzugeben.

■ Nach verschiedenen Studien aus den letzten Jahren sind über 25% der LehrerInnen am Burn-out-Syndrom erkrankt, 60% gelten als gefährdet. An-

dere Studien zeigen, dass jedes dritte Kind nach der Grundschule eine falsche Schulempfehlung erhält. Für mich sind das zwei Seiten einer Medaille. Die Daten zeigen ganz deutlich, dass unser Schulsystem von Grund auf geändert werden muss...

Dass ein starker Zusammenhang zwischen Struktur- und Qualitätsfragen besteht, hat der emeritierte Professor Zenke in einem Gutachten stringent und fundiert aufgezeigt. Damit widerlegt er das Argument der derzeitigen Regierungsfractionen und anderer Anhänger des gegliederten Schulsystems, wonach im Vordergrund der Reformen ausschließlich die Verbesserung der Unterrichtsqualität stehen müsse und Strukturfragen unerheblich seien...

Es ist ein Fehlschluss, dass durch das viergliedrige Schulsystem ... den unterschiedlichen Begabungen der Kinder Rechnung getragen wird. Spätestens seit PISA wissen wir, dass für die Empfehlung auf eine weiterführende Schule eher der soziale Hintergrund als die Schulleistung ausschlaggebend ist.

Bessere Leistungen sind nicht durch frühe Selektion und Sortierung der SchülerInnen in unterschiedliche Schularten zu erreichen, sondern nur durch eine andere Lernkultur, die auf der Verschiedenheit der Lernenden aufbaut...

Aus diesen Gründen hat unsere Fraktion vor 1½ Jahren einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg eingebracht. Darin fordert sie u.a.

- eine Orientierung des Schulwesens am gemeinsamen Lernen aller SchülerInnen mit individueller und differenzierender Förderung.
- Die Basisschule soll als Regelschule im Schulgesetz verankert werden.
- Ziel ist die Einführung einer regionalen Bildungsplanung mit erweiterten Zuständigkeiten der Kreise und Kommunen zur Schaffung eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebots vor Ort, das auch neue Schulmodelle einschließt.

Die Grünen erachten es als notwendig, dass die Kommunen mehr Verantwortung für ihre Schulen, die Schulstruktur und Schulstandorte erhalten.

Flächen für EE im Flächennutzungsplan 2010 ausweisen!

Nicht erkannt hat die Stadtverwaltung Heidenheim die Chancen der Erneuerbaren Energien. Denn in ihrem Entwurf zum Flächennutzungsplan (FNP) 2020 findet sich kein Hinweis darauf, dass hierfür Flächen reserviert werden müssen. Die Grünen haben deshalb die Ausweisung von Flächen für die Windkraft und für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen beantragt. Diese müssten, sagen sie, beim Regionalverband als Energieerzeugungsf lächen angemeldet werden, damit sie in der Fortschreibung des Regionalplans als privilegierte Vorrangflächen berücksichtigt werden.

■ Es handelt sich um Flächen im Gewand Rudelsberg nahe der A7 und westlich von Nietheim. Außerdem beantragten die Grünen Voruntersuchungen auf dem gesamten Gemarkungsgebiet für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen. Trotz der Einschränkungen wegen des Wasser-schutzes wollten sie auch die rechtlichen Voraussetzungen für geothermische Wär-

megewinnung geschaffen wissen.

Auf dem östlichen Teil des Rudelsbergs, dem höchsten Gemarkungspunkt Heidenheims, können nach Ansicht der Grünen 4 bis 5 Windkraftanlagen errichtet werden. Dazu kämen 7 bis 9 Windkraftanlagen der 3 MW-Klasse westlich von Nietheim in Nord-Süd-Richtung entlang der Markungsgrenze zu Aalen und Königsbronn. Nordöstlich von Nietheim sei entlang der Autobahn ein weiterer kleiner Park mit 3 Maschinen möglich.

Mit diesen Parks, so schätzt Uli Rink, Grünes Mitglied im Regionalverband und treibende Kraft hinter diesen Forderungen, erhält die Stadt direkten Zugriff auf 65 bis 85 Millionen Kilowattstunden regenerativen Strom jährlich.

Nach dem Energiekonzept der derzeitigen Bundesregierung sollen bis zum Jahr 2020 ca. 20% des Strombedarfs mit Photovoltaik erzeugt werden. Da dies mit Gebäudeanlagen alleine nach Ansicht der Grünen nicht zu bewerkstelligen ist, sollen Fotovoltaik-Freiflächen mit einer Leistungskapazität von

ca. 10% des Heidenheimer Stromverbrauchs vorgesehen werden. Sie forderten die Verwaltung auf, eine Reihe von Standorten zu untersuchen. (Näheres unter www.gruene-heidenheim.de)

Ein Ausbau von geothermischen Wärme- und Stromerzeugungsanlagen ist derzeit wegen des Wasserwirtschaftsgesetzes in Heidenheim nicht möglich. Dies wird nach Auffassung der Grünen in der Zukunft zu enormen regionalen Benachteiligungen führen. So will zum Beispiel die Stadt München ihre Wärmeversorgung überwiegend mit Erdwärme sicherstellen. Ihre Forderung lautet daher: Trinkwasserschutz darf zukünftig geothermische Wärme-gewinnung nicht mehr ausschließen. Daher seien die rechtlichen Vorgaben bereits in den FNP aufzunehmen.

Die Vorschläge der Grünen: Da in der Innenstadt bereits ein Fernwärmenetz existiert, sollte dafür die geothermische Wärme erschlossen werden. Auch könnte die Wärmeerzeugung im BHKW Mittelrain durch Geowärme ergänzt werden.

Da die Presse Haushaltsreden meist nur knapp wiedergibt, haben wir uns dazu entschlossen, Auszüge aus den grünen Etatreden im Kreistag und im Gemeinderat Heidenheim abzudrucken.

Margit Stumpp: Stellungnahme zum Kreishaushalt 2011

■ Der Haushalt hat ein um 4,6 Millionen (Mio) € verringertes Volumen, die Investitionen sinken um 1,8 Mio € das ist mehr als ein Drittel.

Aus den Rücklagen können nur noch 800.000 € entnommen werden, u.a., weil das Defizit aus 2009 nur durch einen heftigen Griff ins Sparsäckel ausgeglichen werden konnte und jetzt der letzte Rest erhalten muss. Damit ist zum



Margit Stumpp

Ende des Jahres nur noch die gesetzliche Mindestreserve vorhanden. Man muss zum Mittel der Tilgungsaussetzung greifen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt darzustellen - Umfang rd. 875.000 € - und trotzdem ist eine

Nettoneuverschuldung von 1.850.000 € notwendig. Woher kommts?

Die Schlüsselzuweisungen vom Land gehen um 1.750.000 € zurück, beim Soziallastenausgleich spart sich das Land ebenfalls 330.000 €. Parallel dazu steigt der Nettoaufwand des Sozialhaushalts um 650.000 €.

Wegen der sinkenden Steuerkraftsumme der Gemeinden fehlen bei einer Kreisumlage von 33,5% rund 2 Mio Euro.

Dazu kommt, dass im laufenden Jahr ein Defizit von ca. 1,2 Mio € als Ergebnis erwartet wird, das ausgeglichen werden muss. Abzuleiten ist daraus auch, dass die Kreisumlage für das laufende Jahr um rund einen Prozentpunkt zu niedrig angesetzt war. Erinnerung: Unser Antrag 34,5%.

Noch ein Mal zurück zu den drastisch zu nennenden Sparmaßnahmen: Die Aussetzung der Tilgung ist keine Notlösung, sondern ein Verzweiflungsakt. Sie ist lediglich angesichts der sich abzeichnenden Verbesserungen bei den öffentlichen Finanzen vertretbar, denn wir verschieben dadurch Altlasten in die nahe Zukunft...

Den fehlenden Einnahmen stehen steigende Ausgaben gegenüber. Seltsam: Der Wirtschaft soll es besser ge-

hen, aber die Sozialausgaben wachsen uns buchstäblich über den Kopf, sprich über unseren Etat.

... Antrag: Bildung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, zu prüfen, welche Hilfen und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Ausgabenstruktur wirksam sind. ...

In der Hoffnung, dass es der Wirtschaft wirklich nachhaltig und über längere Zeit gut geht, formulieren wir die Bestandswahrung als wichtigstes Haushaltsziel. Der Leistungsumfang der Kreisverwaltung muss und kann, sofern die prognostizierten Besserungen tatsächlich eintreten, erhalten bleiben...

Dieses Ziel der Bestandswahrung gilt genauso für die Städte und Gemeinden des Landkreises...

Es kann und darf nicht hingenommen werden, dass die Kommunen immer mehr und größere Lasten tragen, die ihnen Bund und Land aufbürden, während beide parallel dazu Zuweisungen kürzen.

Die Versuchung, diese Last auf Grund der fehlenden Einnahmen über die Kreisumlage an die Kommunen weiterzugeben ist zugegebenermaßen groß...

Uns stellt sich die Frage, ob wir uns unter dem Druck von oben dazu hinreißen lassen sollen, uns gegenseitig auszupressen, oder ob wir nicht die Gratwanderung antreten sollen, diesen Kreishaushalt buchungstechnisch so weit anzupassen, dass beide Seiten handlungsfähig bleiben.

Dies kann nur eine Übergangslösung sein. Sollte sie nicht gelingen, ist im nächsten Haushalt ohnehin über weitgehende schmerzhaft Einschnitte zu verhandeln. Außerdem halten wir das Einbringen eines Nachtragshaushalts nicht für verwerflich.

Unsere Überlegungen dazu sind folgende: Auf Grund des eingetretenen Wirtschaftswachstums muss sich eine Entlastung des Sozialhaushaltes ergeben. Zumindest der Aufwand für die Kosten der Unterkunft, aber auch für die Hilfen zum Lebensunterhalt muss spürbar sinken... Außerdem müssten sich Zuweisungen des Landes auf Grund der Steuerschätzungen erhöhen. **Da dies im Haushalt nicht berücksichtigt werden kann, beantragen wir eine Kürzung des**

Sozialstats um 1 Mio €.

Mit anziehender Wirtschaft wächst auch die Neigung, Geld in Immobilien zu investieren, zumal die Inflationsangst zunimmt und die Zinsen noch niedrig sind. **Daher scheint es uns vertretbar, die Grunderwerbssteuereinnahmen um 500.000 € höher anzusetzen.**

Bisher wurde die globale Minder- ausgabe auch durch das Ausnutzen der üblichen Personalfuktuation und das Aussetzen von Stellenwiederbesetzungen erwirtschaftet. Der Stellenplan erlaubt allerdings keine Aussage darüber, wo zusätzliche Belastungen des Personals dadurch vertretbar sind und wo nicht. **...Wir beantragen daher eine Diskussion über mögliche personelle Maßnahmen im Verwaltungsausschuss.**

Unser letzter Haushaltsantrag bezieht sich darauf, **die „Herstellung des bituminösen Belags bei der K3035 Heidenheim bis zur Kreuzung L 1123“ aus diesem Haushaltsentwurf zu streichen...** Begründung: Die Straße ist in keinem augenfällig schlechten Zustand.

Auf Grund der von uns vorgeschlagenen Änderungen könnte die Kreisumlage mit einem Hebesatz von um die 35,5 % angesetzt werden.

Aktion der Grünen Jugend

■ Wir, die grüne Jugend Heidenheim, treffen uns immer donnerstags um 19 Uhr in verschiedenen Lokalen Heidenheims und diskutieren aktuelle Themen. Außerdem planen wir Aktionen und führen diese durch. Bei der nächsten Aktion werden wir auf die Lohnungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen hinweisen, indem wir in der Heidenheimer Innenstadt verschieden große Kekse verteilen, wobei Frauen leider immer nur einen 23% kleineren Keks bekommen. Die Aktion findet am Samstag, 04.12.2010 statt.

Wir laden alle jungen Leute, denen etwas an der Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft liegt, zu unsern wöchentlichen Treffen ein.

Malte Gallée

Armin Bledow 70



Arnim Bledow

Gemeinderat. Zunächst 14 Jahre lang als einziger Vertreter der Unabhängigen und Grünen, dann, nach 5-jähriger freiwilliger Abstinenz, zunächst im

■ In Königsbronn gilt Arnim Bledow, obwohl kein Parteimitglied, als grünes „Urgestein“. Seit über 20 Jahren vertritt er „grüne“ Anliegen im Königsbronner

Duo mit Margit Stumpp, inzwischen im Trio und mit „echtem“ Fraktionsstatus dank Christel Schäfer. Nach wie vor zeichnet ihn trotz langjähriger politischer Tätigkeit aus, dass er ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger hat und sich nicht scheut, unbequeme Positionen einzunehmen. Er hinterfragt und stellt in Frage, wobei ihm seine Profession als Pädagoge trotz seines Ruhestandes hin und wieder deutlich anzumerken ist.

Viele Jahre lang unterrichtete er an der Georg-Elser-Schule. Vor dem Studium absolvierte er eine Ausbildung und ließ sich bei einer Weltreise den Wind um die Nase wehen.

Dabei lernte er auch seine amerikani-

sche Frau kennen. Mit Sylvia freut er sich an drei Kindern und vier Enkelkindern. Die müssen hin und wieder allerdings auf ihren Großvater verzichten, denn die Reiselust treibt ihn immer wieder in die Ferne, bevorzugt mit dem Fahrrad, mit dem er schon in Kuba, Russland und selbst in China unterwegs war.

Wir wünschen ihm, dass ihm seine Gesundheit und seine geistige und körperliche Mobilität, sowie seine politische Motivation noch lange erhalten bleiben. Margit Stumpp

Verfehlte Investitions- und Ausgabenpolitik

■ ... die eigentliche Auseinandersetzung mit dem Planwerk 2011 [lässt] alles andere als Freude aufkommen [...].

Allein die mittelfristige Investitionsplanung, die kurzfristig einer Korrektur unterzogen werden musste, gleicht einem Scherbenhaufen und zerstört jede Hoffnung auf aktives und zielgerichtetes Handeln in den nächsten Jahren.

Wenn ein Fünfjahresprogramm um fast 40 % von 161 auf 99 Millionen zurückgefahren werden muss, dann ist das nicht allein dem Einbruch der Steuereinnahmen geschuldet, sondern auch einer teils verfehlten Investitions- und Ausgabenpolitik in der Vergangenheit.

Es ist doch nicht erst seit heute bekannt, dass sich zahlreiche Hochbauten, insbesondere die Schulen, aber auch Straßen und Kanäle, in einem jämmerlichen Zustand befinden und deren Sanierung Millionen erfordert.

Millionen die jetzt fehlen, weil sie in sogenannte Leuchtturmprojekte geflossen sind oder den Partikularinteressen eines Wirtschaftsvereins geopfert wurden.

Zuerst die Pflicht und dann vielleicht die Kür – so hätte der richtige Ansatz lauten müssen.

Energieeffizienz werden wir in den nächsten Jahren ganz klein schreiben müssen, weil für die energetische und bauliche Modernisierung zahlreicher Gebäude kein Geld mehr vorhanden ist.

Das Schlimme ist nur, dass wir so den Verwaltungshaushalt nicht von steigenden Energie- und Sachkosten entlasten können; hinzu kommen die Folgekosten der jüngsten Investitionen.



Michael Sautter

Allen Sparanstrengungen zum Trotz steigen dort die bereinigten Ausgaben gegenüber 2010 um mehr als zwei Prozent.

Geradezu unverantwortlich erscheint der geplante zweijährige

Baustopp für die Sanierung der Westschule; ... **Wir beantragen daher, die Baumaßnahmen bei der Westschule, wie ursprünglich geplant, im kommenden Jahr fortzusetzen.**

Im Gegenzug beantragen wir die Streichung der Mittel für den Abbruch der Rollsporthalle und die Anlage von Parkplätzen für die Fußballarena des FCH; ...

Möglicherweise bekommen wir aber auch finanziell Luft, wenn sich zwei Vorhaben nicht ganz so schnell realisieren lassen wie vorgesehen. Dem Bildungshaus Silcherschule mit einem Kindergarten für zehn Gruppen und dem Sanierungsgebiet Oststadt stehen wir – um es klar zu sagen – positiv gegenüber.

Allerdings sehen wir noch einen erheblichen Informations- und Erörterungsbedarf im Gemeinderat; rechtswirksame Grundsatzbeschlüsse stehen, so unser Erinnerungsvermögen, auch noch aus.

Aus diesem Grunde beantragen wir, diese Haushaltspositionen bis zur Erledigung der „Hausaufgaben“ mit einem Sperrvermerk zu versehen...

Termine

Mittwoch 8. Dezember 2010, 20:00 Uhr, Eugen-Loderer-Zentrum

Michael Sautter, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat:

Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt?

Informationen zum Haushaltsplan der Stadt Heidenheim für das Jahr 2011 und folgende Jahre

Donnerstag, 6. Januar 2011

Winterwanderung

Treffpunkt 14 Uhr am Parkplatz Waldfreibad. Wir wandern zur Heiderose mit Einkehr, zurück mit Laternen oder Taschenlampen.

Mittwoch, 4. Februar 2011, 19:30 Uhr, Eugen-Loderer-Zentrum Heidenheim, Café

Winne Hermann, MdB

Worin unterscheidet sich grüne Verkehrspolitik von der derzeitigen?

Hermann stellt dies u.a. am Beispiel **Stuttgart 21** dar.

Hermann ist Sprecher für Sportpolitik und Vorsitzender im Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 1264, 89502 Heidenheim, Tel. 44389, www.gruene-heidenheim.de, kv.heidenheim@t-online.de

Vorstandssprecherin: Stefani Schall-Uhl, Nibelungenstr. 44, 89518 Heidenheim, 07321-40603, schalluhl@hotmail.com